



in Bad Bentheim:

LEBENSQUALITÄT BEWAHREN UND WEITERENTWICKELN!

Wahlprogramm 2011-2016

Bad Bentheim ist ein attraktiver Ort zum Wohnen und für den Urlaub. Große Teile des alten Stadtbilds und der Umgebung sind unverwechselbar und machen die Lebensqualität in Bad Bentheim aus. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass das so bleibt. Als einzige Partei bekennen wir uns konsequent zum Schutz des gewachsenen Erscheinungsbildes der Stadt und der alten Kulturlandschaft, die sie umgibt. Das schließt Entwicklung und Verbesserungen nicht aus: Verkehrsflüsse müssen aus dem Innenstadtbereich und aus den Siedlungen herausgehalten werden, Bausünden z.B. in den Ortseingangsbereichen nachgebessert werden, Gewerbe und Tourismus ortsangepasst gefördert werden, die Innenstadt soll noch attraktiver werden. Entschieden wenden wir uns jedoch gegen Großprojekte wie einen weiteren Ferienpark oder weitere Neubaugebiete. Schon zu viel Natur um Bad Bentheim ist den Interessen weniger geopfert worden. Bad Bentheim braucht eine anhaltende und abgestimmte Entwicklung im Bestand, die Gutes bewahrt und Schwächen ausgleicht.

Bei all dem setzen wir konsequent auf Bürgerbeteiligung und Bürgerbefragung. Politik sollte sich an den Menschen orientieren und nicht an den ehrgeizigen Zielen Einzelner! Dabei ist die besonders auch die Verbesserung der Lebensqualität für uns ein zentrales Anliegen. Denn nur so kann dem Bevölkerungsrückgang nachhaltig entgegen gewirkt werden.

Im Einzelnen setzen wir uns für folgende Punkte ein:

1. Stadtentwicklung mit Konzept:

sozial verantwortlich, umweltverträglich, wirtschaftlich erfolgreich, nachhaltig

- Verbindung und Abstimmung von Planungsüberlegungen durch eine Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes incl. der zusätzlichen Themen „Tourismus“ und „Energie“
- Erstellung eines Grünentwicklungsplanes für Bad Bentheim / Grünentwicklung auch in der Stadt
- öffentliche Behandlung von Fragen der Stadtplanung
- klare Absage an weitere touristische flächenverbrauchende Großprojekte
- kein weiterer Flächenverbrauch im Außenbereich für Wohnungsbau
- Rücknahme der Flächennutzungsplanänderung im Bereich „Hof Bussmann“
- Vergrößerung der Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz, Sicherung des Trinkwasserschutzes
- Einschränkung und Konzentration des Bodenabbaus
- Konzentration von Gewerbeflächen an den bisherigen Standorten
- keine weitere Bebauung in der Grünzäsur zwischen Bentheim und Gildehaus
- Förderung der Stadtsanierung / Dorferneuerung
- Unterstützung von Anwohnerinitiativen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität
- Entwicklung eines langfristig angelegten Sporthallen- und Sportstättenkonzeptes
- Konsequenter Widerstand gegen den Flughafenausbau in Enschede

2. Innovative, konsequente Umweltpolitik: global denken – lokal handeln

- Energiekonzept für alle Energiearten mit dem Ziel einer konsequenten Energieautarkie
- Förderung des Einsatzes von dezentralen, erneuerbaren Energiequellen und energiesparenden Technologien
- Ausschöpfung aller Energiesparpotentiale im öffentlichen Bereich
- Verminderung von Umweltbelastungen durch Emissionen und Immissionen
- Bezug zertifizierten Stroms für öffentliche Gebäude
- kein weiterer Ausbau der Biogaserzeugung durch landwirtschaftliche Hauptprodukte
- Förderung ökologischen Bauens z.B. durch entsprechende Bauleitplanung und Informationsbereitstellung von Fördermöglichkeiten
- Unterstützung von Umweltinitiativen, z.B. gegen Atomanlagen in Ahaus, Gronau, Lingen, Almelo
- Unterstützung von Initiativen gegen Sandabbau
- Schutz vor Elektrosmog durch Planungsmöglichkeiten, Mobilfunkmasten nur außerhalb der Wohnbebauung

3. Sichere Arbeitsplätze, standortangepasste Wirtschaftsförderung

- Rationaler Umgang mit Wirtschaftsförderung (Bilanzierung von Aufwendung für Infrastruktur und Ertrag)
- Wirtschaftsförderung mit dem Ziel des Klimaschutzes
- Anwerbung mittelständischer Betriebe, vor allem aus der Umweltbranche, anstatt ausschließlicher Bereitstellung von Gewerbeflächen

- Ausdehnung der Tourismussaison durch attraktive Angebote
- Ausweitung der touristischen Nutzung von Burg und Jugendherberge
- Förderung des "weichen" Tourismus und der vorhandenen Beherbergungsbetriebe, Umnutzung von Bauernhöfen für Tourismus ermöglichen
- Förderung "weicher" Standortfaktoren wie Natur, Kultur, Freizeit, z.B. Reitwegenetzausbau
- verstärkte Förderung der Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen für Frauen, jugendlichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen

4. Umweltfreundliche Verkehrspolitik

- Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs, ÖPNV in die Fläche bringen (z.B. Bürgerbus, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, Verbesserung der Preisstruktur)
- Einsetzen für den SPNV nach Nordhorn
- keine weitere Reduzierung des Angebots der DB
- Ausweitung des Fußgängerzonenbereiches in der Innenstadt von Bad Bentheim
- Reduzierung des Innenstadtverkehrs mit Erarbeitung eines Parkleitsystems
- Radwegenetzausbau
- flächendeckende Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, Rückbau von "Rennstrecken"
- sichere Schulwege
- barrierefreie Gestaltung von Fußwegen und Plätzen

5. Biologische Landwirtschaft – naturnaher Waldbau

- Förderung von Direktvermarktung, z.B. durch Bauernmärkte (kein Standgeld von Landwirten)
- restriktive Genehmigungspraxis bei Massentierhaltung
- Blockheizkraftwerk für Schwachholz

6. Lobby sein für Kinder und Jugendliche

- Stärkung und Vernetzung von Jugendarbeit mit Schulen und Ganztagsbetrieben
- Stärkung der Kindertagesstätten durch entsprechend angemessene Ausstattung, nachfrageorientierte Öffnungszeiten und differenzierte Betreuungsangebote
- Anwerbung von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund für den Kindertagesstättenbereich
- Niedrigschwellige Angebote in der Jugendarbeit
- Schaffung einer Beteiligungskultur für Kinder- und Jugendliche
- Verbesserung der räumlichen Situation des Jugendhauses (u.a. Proben- und Gruppenräume)
- Förderung und Unterstützung der Jugendarbeit der Vereine
- Ausweitung des Angebotes für ausländische Jugendliche
- Förderung präventiver Arbeit

7. Schule als Lebensort stärken

- Qualitative Anreicherung des Ganztagsangebotes der Schulen
- Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersgruppen und Schulformen
- Förderung von Projektarbeit, z.B. Beteiligungsprojekte im Bereich Politik und Stärkung von schulischen Umweltinitiativen
- Einrichtung einer stabilen Oberschule

- Unterstützung von Anträgen auf kollegiale Schulleitung
- angemessene Ausstattung der Schulen
- Forderung nach einer dezentralen VHS, die sich besonders auch der Weiterbildungsbedürfnisse von Frauen, Jugendlichen, Senioren, AusländerInnen und Langzeitarbeitslosen annimmt

8. Klientenorientierte Sozialpolitik

- Regelmäßige Fortschreibung des Familienberichtes
- Verstärkung der Familienhilfe / Hilfen für Alleinerziehende
- Weiterentwicklung des Familienpasses als Instrument gegen Benachteiligungen
- Qualifizierung statt Alimentierung
- Finanzielle Förderung junger Familien bei der Anschaffung von Wohnraum
- konsequente Umsetzung der Ergebnisse der Sozialraumplanung des Landkreises
- Generationenverbindende Initiativen und Wohnformen stärken
- enge Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden
- attraktive und aufsuchende Angebote besonders für benachteiligte SeniorInnen
- Forderung nach einem ortsnahen ärztlichen Notdienst
- Schaffung von Inklusion in allen Lebensbereichen

9. Bunte Kulturpolitik für alle

- Förderung von Kulturinitiativen und BürgerInnenprojekten, vor allem auch im Kinder- und Jugendbereich, z.B. durch Bereitstellung angemessener Räumlichkeiten
- Förderung der Teilnahme an "Erwachsenenkultur" durch Subventionierung von jugendlichen TeilnehmerInnen
- stärkere Integration der Burg in das Kulturprogramm
- Förderung öffentlicher Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum
- Förderung der Büchereien
- Unterstützung von Kinoinitiativen

10. Bürgerfreundliche Verwaltung

- stärkere und frühere Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben
- keine Planungen mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit: Beteiligungskultur schaffen, auch unter Einbeziehung des Internets
- Neue kommunale Steuerungsmodelle auf Bentheimer Verhältnisse übertragen
- Öffentlichkeitsarbeit optimieren, mehr Beratungs- und Internetservice (z.B. Ratsinformationssystem ausbauen, Bereitstellung von Informationen zu Fördermöglichkeiten ökologisches Bauen/Sanieren)
- Optimierung der räumlichen Situation des Rathauses, insbesondere mit Blick auf Energieeffizienz sowie Mitarbeiter- und Bürgerfreundlichkeit

11. Nachhaltiger Umgang mit den Finanzen

- Einnahmenüberschüsse konsequent zur Verminderung der Verschuldung einsetzen
- Keine Kürzungen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie im Bildungsbereich
- Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen, ausgeglichene Gebührenhaushalte
- Notwendige Kürzungen nur dort, wo Standards nicht gefährdet werden (keine „Rasenmäherkürzungen“)
- Geldeinsatz möglichst dort, wo Folgekosten günstig beeinflusst werden (keine „Gießkannenförderung“)

- bei Ausschreibungen prüfen, ob die Stadtverwaltung Leistungen selbst erbringen kann
- Trennung von Planung, Baubetreuung usw., verstärkter Einsatz von Controlling

12. Integration und Identität für Migranten

- Stärkung der Eigeninitiative von demokratischen Ausländerorganisationen
- Verbesserung der schulischen Förderung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund
- dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden
- Intensivierung von Flüchtlingssozialarbeit

13. Engagierte Frauenpolitik

- Einbeziehung der Interessen von Frauen in allen politischen Entscheidungen (Gender-Mainstream)
- Förderung von Frauen bei der Besetzung von Gremien und Beförderungsstellen